

Gerhard Benn-Ibler, Wien

Begrüßung

Namens des Juridisch-politischen Lesevereins (JPL) erlaube ich mir, Sie zum heutigen Symposium zu begrüßen. Der JPL stand und steht als einer der ältesten Vereine Österreichs seit jeher für die Fortentwicklung der juridisch wissenschaftlichen Forschung. Liberalismus in Verfassung und Rechtsordnung sind ihm ein Anliegen. Umso mehr freut es mich, dass heute mit „Fake News und Meinungsfreiheit“ ein weiteres grundlegendes Thema behandelt wird.

Mein Dank gilt Herrn Univ.-Prof. DDr. *Peter Lewisch*, dem dieses Thema – so wie im Übrigen auch mir selbst – ein besonderes Anliegen war und ist und der sich seit langem für dieses Thema einsetzt. Mein Dank gilt aber auch allen Vortragenden, die wichtige Beiträge dazu geleistet haben und noch leisten.

Hans Winkler, Wien

Diesseits von Fake News – Der Journalismus und die Zukunft der Medien

Vom Paradox eines Berufes, über den alle alles zu wissen meinen

I.

„Journalisten gibt's genug“, schrieb ein Poster auf die Nachricht, dass zwei bekannte amerikanische Blogger nach Zerwürfnissen mit ihrem Medium, es war die New York Times, ihren Blog einstellen mussten. Auf zwei mehr oder weniger komme es nicht an. Das ist, ohne dass es dem Schreiber vermutlich bewusst war, die Entzauberung eines ganzen Berufsstandes. Es gehört zu den selbstverständlichen Annahmen der Journalisten, dass jeder von ihnen ein besonderer ist und etwas kann oder so kann wie eben nur er. Journalismus ist ein öffentlicher Beruf wie Schauspieler oder Berufssportler. Ein Journalist hat einen Namen.

Vor einigen Jahren ging unter den Zeitungsdirektoren die Vorstellung um, Journalisten seien am Arbeitsmarkt zu haben wie Buchhalter, sie können alle dasselbe, sie sind deshalb vielseitig einsetzbar und leicht ersetzbar, um jede Art von „Plattform zu bespielen“. Sie produzieren nichts Individuelles, sondern „content“. Diese Idee von einfach hergestellten Modulen, die dann in verschiedene mediale Produkte hineingepackt werden, hat sich in der Praxis dann doch nicht so einfach verwirklichen lassen. Das Modell von Flugzeugträger und Begleitschiffen ist daher schon wieder ad acta gelegt worden. Medienprodukte sind, das gilt vor allem für die gedruckte Tages- und Wochenpresse, nicht so einfach austauschbar.

Möglicherweise reden wir ohnehin über eine aussterbende Spezies, denn der Journalist steht in Konkurrenz mit Influencern, Bloggern und unzähligen anderen Akteuren im Netz und auf den Sozialen Medien. Parteien haben ihre eigenen Propaganda-Kanäle, aus dem viele ihrer Anhänger fast ausschließlich ihre politischen Informationen und die mitgelieferten Meinungen beziehen. Ein parteinahes Wirtschaftsinstitut bringt als journalistische Kommentare getarnte bezahlte Werbung auf Browsern unter. Die klassischen Medien und auch der ORF erreichen diese kommunikativen Parallelwelten und ihr Publikum größtenteils nicht mehr. Und schließlich steht der Journalist mit seinem Publikum selbst in Konkurrenz, das sich auch am Informationswesen beteiligen kann und es tut.

Es gibt im Journalismus keine Zwangsläufigkeit von Ausbildung, Anstellung und Karriere, keinen vorgezeichneten Weg zum Beruf. Es sind auch keine ver-

pflichtenden Studienabschlüsse als Bedingung für die Berufsausübung vorgesehen oder eine Aufnahmeprüfung wie etwa in Italien. Freilich gibt es zahlreiche Kurse, Seminare, universitäre Lehrgänge, in denen man heute den Beruf des Journalisten erlernen kann. Der Journalismus gehört aber schon seit Längerem nicht mehr zu den begehrten Berufen mit guten Gehältern und einem aufregenden Lebensstil und hohem Prestige. Ambitionierte junge Leute haben auch andere Chancen.

Wenn man heute jemandem raten wollte, in diesen Beruf zu gehen, dann müsste man ihm sagen, er solle vorher ein Studium absolvieren. Eine fundierte Ausbildung auf irgendeinem Feld, sei es Ökonomie oder Recht, Historie oder auch ein naturwissenschaftliches Fach ist die beste Basis für den Journalismus. Vor allem eingehende Kenntnisse des Funktionierens von Staat und Recht fehlen in den Redaktionen schmerzlich. Das Handwerkszeug für den Beruf lässt sich in den erwähnten Kursen leicht erwerben.

Prinzipiell ist der Journalist ein Allrounder, aber es gibt natürlich auch ein hohes Spezialistentum. Für eine gute Musikrezension muss man wirklich etwas vom Fach verstehen. Chefredakteure sind dann gewissermaßen die Spezialisten für alles. Diese Vermutung der journalistischen Alleskönnerschaft weise er aber „erötend zurück“, sagte ein Chefredakteur, als er einen renommierten Journalisten-Preis verliehen bekam. Das ist das zentrale Paradox dieses Berufs. Es macht die Journalisten so verhasst und heimlich bewundert.

Der Journalist gehört heute nicht mehr, wie *Max Weber* noch gemeint hat, einer „Pariakaste“ an, die in der Gesellschaft „stets nach ihren ethisch tiefstehenden Repräsentanten eingeschätzt wird“. Das allgemein negative Urteil über seinen Berufsstand (Journalisten rangieren im öffentlichen Ansehen bekanntlich weit hinter den Ärzten, Feuerwehrleuten, Polizisten, Jus-Professoren und zwei Dutzend anderen honorigen Berufen) geniert den Journalisten kaum und betrifft ihn persönlich auch nicht. Um den alten Kalauer zu variieren: Ist der Ruf (des Standes) auch ruiniert, lebt es sich (für den Einzelnen) ganz ungeniert. Der Journalist wird überall mit Zuvorkommenheit behandelt, wenn schon nicht aus Respekt, so doch aus Vorsicht, denn man weiß ja nie genau, was er oder sie dann schreiben, sagen oder bloggen wird.

Weber hatte allerdings eine sehr hohe Einschätzung dieses Berufs. In seinem berühmten Essay „Politik als Beruf“ widmet er ihm eine längere Passage: „Dass eine wirklich gute journalistische Leistung mindestens soviel Geist beansprucht wie irgendeine Gelehrtenleistung – vor allem infolge der Notwendigkeit, sofort, auf Kommando, hervorgebracht zu werden und sofort wirken zu sollen (...) ist nicht jedermann gegenwärtig. Dass die Verantwortung eine weit größere ist und dass auch das Verantwortungsgefühl jedes ehrenhaften Journalisten im Durchschnitt nicht im mindesten tiefer steht als das des Gelehrten (...) sondern höher, wird fast nie gewürdigt. Dass vollends die Diskretion der irgendwie tüchtigen Journalisten durchschnittlich höher steht als die anderer Leute, glaubt niemand. Und doch ist es so.“

Überall dabei zu sein und doch nicht dazuzugehören, ist das Schicksal des Journalisten, es macht geradezu das Wesen seines Berufs aus. Das mit Würde und Selbstbewusstsein zu tragen, ist nicht leicht. Der Journalist muss überall dabei sein und die Akteure des jeweiligen Umfeldes kennen, sonst kann er nichts erfahren;

er muss aber zu denselben Leuten auf Distanz bleiben, sonst kann er nichts schreiben, was ernst zu nehmen ist.

In *Webers* Essay erscheint der Journalist als Komplementär des Politikers. Geradezu von einer „Symbiose“ von Politikern und Journalisten hat der bekannte österreichische Journalist *Kurt Vorhofer* gesprochen, einer Angewiesenheit aufeinander, die aber gerade in Österreich stets in Gefahr ist, zur Verhaberung zu werden. Ausländische, namentlich deutsche Korrespondenten sind immer wieder erstaunt, wie locker der Umgang zwischen Politikern und Journalisten in Österreich ist. Die nötige Distanz zu halten, fällt beiden Seiten schwer.

Vom bürgerlichen *Vorhofer*, der so etwas wie ein journalistischer Sparringpartner des großbürgerlich-sozialdemokratischen *Bruno Kreisky* war, stammt eine subtile Unterscheidung über die Wahrheit in Medien und Politik. Für den Politiker gelte ein „relativer“ Wahrheitsbegriff, sagte er, für den Journalisten dagegen ein „absoluter.“ Ein Politiker dürfe durchaus etwas auslassen, verschweigen und Halbwahrheiten sagen. Diese Marscherleichterung sei dem Journalisten nicht gestattet. Das ist angelehnt an den bekannten Ausspruch von *Ignaz Seipel*: Ein Politiker müsse nicht alles sagen, was er weiß, aber er müsse wissen, was er sagt. Im Übrigen muss auch ein Journalist nicht alles sagen, was er weiß, zumal ihm oft Dinge unter der Bedingung erzählt werden, dass er sie nicht zitiert und unmittelbar verwendet.

Die Qualitäten, die *Weber* dem Journalisten zuschreibt, werden weiter gebraucht werden, auch im neuen Internet-Journalismus, der gerade erfunden wird und der gewissermaßen die Machtverhältnisse zwischen Medien und Konsumenten umdreht. Menschen, die früher das Publikum waren, verfügen inzwischen über die technischen Mittel, selbst Informationen zu verbreiten, was bisher das Monopol der Medienunternehmen gewesen ist. Die Werkzeuge des Journalismus stehen nun auch dem Publikum selbst zur Verfügung. Gleichzeitig haben die professionellen Journalisten aber auch gelernt, ebenfalls mit diesen neuen Mitteln umzugehen. Man muss es freilich nicht so machen wie ein junger Reporter der *New York Times*, der einen ersten Entwurf eines Artikels den Lesern zur Korrektur vorlegte. Er wird bemerkt haben, dass seine eigene Rolle unverzichtbar ist.

Roger de Weck, ehemals Chefredakteur der „Zeit“ will den Journalismus vor den neuen Medien retten, die Journalisten im bisher definierten Sinn nicht mehr brauchen. Es geht aber um nicht weniger als darum, wie man einen verantwortungsvollen Journalismus zusammen mit den Medien retten kann, in denen er noch stattfinden kann. Bekanntlich kämpfen die Zeitungen ums Überleben, in Österreich und anderswo, wobei Österreich noch eine vergleichsweise dichte Zeitungslandschaft hat, obwohl hier seit dem Krieg fast zwei Dutzend Tageszeitungen eingestellt worden sind. In den USA gibt es ganze Gegenden ohne lokale oder regionale Presse. Rund 70 Millionen Menschen leben in solchen „Medienwüsten“, in denen dann nachweislich die Wahlbeteiligung sinkt.

II.

Es war einmal die große und unverzichtbare Rolle der Zeitungen, dass sie und ihre Journalisten den Menschen gewissermaßen die Welt vorgeordnet haben.

Die Journalisten haben ausgewählt, was man heute wissen musste. Es gab das Bon-mot, dass eben nicht mehr auf der Welt passiert, als an einem Tag in eine Zeitung hineingeht. Ältere Zeitungsleser schlagen wahrscheinlich heute noch „ihre“ Zeitung mit diesem Grundgefühl auf, obwohl sie es längst besser wissen. Bei Diskussionen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen wurden Journalisten oft gefragt, wie sie es denn machten, jeden Tag eine Zeitung „vollzubringen“. Das fragt heute niemand mehr.

Heute wird man gefragt, über welche Themen die Zeitung nicht berichten darf und was sie verschweigt und ob denn das, was da steht, nicht in irgendwessen Interesse oder überhaupt Regierungspropaganda sei. Fake News, wie man heute sagt. Dieses Misstrauen wird nicht nur durch die sozialen Medien erzeugt, aber von ihnen befeuert. Die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit, auf die traditionelle Medien sich viel zugutehalten, interessiert viele junge Leute oft nicht, sie gehen lieber nach Sympathie für Influencer.

Der Chefredakteur des deutschen „Handelsblatt“ hat in einem Editorial kürzlich Folgendes beschrieben: Bei einer Veranstaltung mit Lesern schilderte er den Tagesablauf eines Journalisten: Er komme um 8 Uhr in die Redaktion und beginne dann, so erzählte er den Zuhörern, in den Ministerien und anderen öffentlichen Stellen anzurufen, um von den jeweiligen Pressesprechern zu erfahren, was denn heute zu schreiben sei. Dann rufe er seine Redakteure zur Redaktionskonferenz zusammen, gebe ihnen Aufträge und man bespreche, wie denn das vorgegebene Programm abzuarbeiten sei. Spätestens jetzt, so meinte er, müsse bei den Zuhörern Gelächter ausbrechen oder ungläubiges Kopfschütteln. Es geschah aber nichts dergleichen. Die Leute nahmen seine Darstellung für bare Münze. Die Vorstellung, Zeitungen in einem demokratischen westlichen Land kolportierten einfach, was ihnen von der Regierung vorgeschrieben werde, scheint also selbst Lesern eines Qualitätsblatts nicht absurd. Das ist ein dramatischer Befund.

Die renommierte Frankfurter Allgemeine Zeitung hat kürzlich in einem lapidaren Geschäftsbericht ganz nebenbei sich selbst und auch anderen Medien das denkbar kürzeste und prägnanteste Programm gegeben und zugleich die Gefährdungen genannt, denen es ausgesetzt ist: Die FAZ stehe für einen „freiheitlichen, unabhängigen Qualitätsjournalismus gegenüber Desinformation und als Journalismus getarnten politischen Aktivismus“.

Desinformation ist das, was man gemeinhin Fake News nennt. Das kann eine blanke Falschmeldung sein, wie die böswillig von einem italienischen Netz-Aktivisten in die Welt gesetzte Nachricht vom Tode Elfriede Jelineks; es kann die plumpe Fälschung von Fakten und Fotos sein, wie durch Donald Trump mit den angeblichen Flüchtlingen aus Südafrika. Es gibt aber auch subtilere Methoden der Manipulation, in der manche politische Akteure über beträchtliche Expertise verfügen, denen sich die Medien schwer entziehen können, selbst wenn sie sie durchschauen.

Trumps Erfolg erklärt sich teilweise auch aus seiner Fähigkeit, eine eigene Wirklichkeit von „alternativen Fakten“ zu schaffen. Mit der Prägung von Begriffen oder einfach der Schaffung neuer Namen definiert er die Realität und den

Rahmen, in dem über sie debattiert wird. Die Migration an der Südgrenze ist nach Trumps Sprachgebrauch eine Invasion. Zu sagen, dass sie auch ein humanitäres Unglück sein kann und für viele Menschen ist, bedarf dann schon einer großen Bemühung und Begründung.

Heute geben die Zeitungen in ihrer Gesamtauflage nicht mehr nur die Print-exemplare, sondern auch die Digitalabos an. Die harte Währung des Mediengeschäfts, die früher die verkauften Zeitungsexemplare, dokumentiert in der Auflagenkontrolle, und die Umfragewerte der Mediaanalyse waren, sind heute die Clicks.

Eines der Qualitätskriterien der Medien war immer schon die Schnelligkeit. Eine wichtige oder gar eine exklusive Nachricht vor der Konkurrenz zu haben, war und ist der Ehrgeiz keineswegs nur von Boulevard-Medien. Im digitalen Zeitalter hat die Schnelligkeit eine neue Dimension und Bedeutung gewonnen. „Die Geschwindigkeit wird zum Maßstab. Sie ist auch eine Versuchung geworden“, formuliert es ein angesehener Kommentator eines Qualitätsblatts. „Sollen wir eine Meldung bringen, auch wenn wir nicht überprüfen können, ob sie stimmt, aber die Erwartung von zehntausenden Digitalanklickungen haben dürfen, die sich dann letztendlich in Werbeeats auswirken? Das führt in den Redaktionen auch immer wieder zu Diskussionen.“

Die Agenturen, ob es sich um die großen internationalen wie „Reuters“ und „AP“ handelt oder die österreichische „APA“ können, ja sie müssen es sich leisten, nicht die schnellsten zu sein, denn ihre Meldungen müssen stimmen. Nur die wenigsten der klassischen Medien können sich Korrespondenten in aller Welt leisten, aber auch diese sind auf die Nachrichten, die die Agenturen pausenlos verbreiten, angewiesen. Die Agenturen sind die zentralen Schaltstellen und dabei zwangsläufig auch die Filter in einem weltumspannenden Verteilungssystem, ihre Unabhängigkeit und verlässliche Arbeit ist daher von größter Bedeutung. Nicht umsonst halten sich diktatorische und autoritäre Regierungen ihre Agenturen, die nur geheime Nachrichten oder überhaupt Regierungspropaganda verbreiten.

„Die Zeitungen schreiben ohnehin nur die „APA“ ab“, lautet ein verbreitetes Klischee, an dem allerdings soviel richtig ist, dass ohne die „APA“, deren Genossenschafter die einzelnen Medienhäuser sind, vor allem die Tageszeitungen nicht zu den Meldungen über das tägliche Geschehen kommen könnten. Die Auswahl daraus treffen sie selbst. Sportberichterstattung samt Ergebnissen wäre ohne das weitverzweigte Mitarbeiternetz der „APA“ nicht möglich.

Das erwähnte „Handelsblatt“ hält sich viel darauf zugute, dass es strikt zwischen Nachrichten und Kommentar, Meldung und Meinung unterscheidet. Das galt früher einmal als ein Maßstab für seriöse Zeitungsarbeit. Es ist aber nicht zwingend ein Merkmal von Ethik und Qualität in einer Zeitung. Die Neue Zürcher Zeitung, immerhin ein Blatt von Weltgeltung, das in Österreich nichts Vergleichbares hat, kennt diese schematische und etwas betuliche Konzeption nicht. Da sich die Zeitung ein weltweites Netz von Korrespondenten leisten kann, ist sie weniger auf das zwangsläufig uniformierende Material aus den Agenturen angewiesen und kann die Bewertung des Gemeldeten mitliefern.

III.

Die ethischen Probleme des Journalismus und die Ursachen für die Vertrauenskrise, in der sich die Medien befinden, liegen aber woanders. Dass die traditionellen Medien Förderung brauchen, damit sie im Wettbewerb mit den Internet-Giganten bestehen können, ist unbestritten, sie sind aber kein „Pflegefall“ (*Hubert Patterer*) und dürfen es nicht werden. In Österreich fließen Millionen Euro von Presseförderung an die Zeitungen, die aber nicht an echte Qualitätskriterien gebunden sind. Medienförderung darf nicht weiter Boulevardförderung sein.

Es braucht faire Wettbewerbsbedingungen, auch und gerade im Digitalen. Die Zeitungen bemühen sich gerade verzweifelt, den Anschluss daran zu verlieren, können aber die Ursünde, ihre Inhalte anfangs kostenlos („content is free“) ins Netz gestellt zu haben, kaum mehr gutmachen. Unterdessen ist der ORF auf diesem Feld der größte Konkurrent der Zeitungen geworden. Er hat sein Internet-Angebot weit über das Maß hinaus erweitert, das in der letzten Medienreform 2024 vorgesehen war und kann es noch dazu kostenlos zur Verfügung stellen. Eine verantwortungsvolle Medienpolitik müsste einen Ordnungsrahmen schaffen, der Platz für beide lässt und den Zeitungen samt ihrem digitalen Auftritt dieselbe staatstragende Rolle zubilligt.

Ein anderes Problem erkannte schon Weber vor 125 Jahren und es hat eine geradezu beklemmende Aktualität: „Das Inseratengeschäft ist auch der Weg, auf dem man während des Krieges (i.e. der Erste Weltkrieg) den Versuch einer politischen Beeinflussung im großen Stil gemacht hat.“ Darüber wird in der Branche ungern geredet, dass die Vergabe von Inseraten der Regierung und etwa der Gemeinde Wien mit ihrem großen Wirtschaftsimperium zu einer wichtigen Einkommensquelle der Medien geworden ist. Ob es Deals nach dem Muster: Anzeigen gegen Wohlverhalten, Inserate für wohlwollende Berichterstattung oder etwas kompliziertere Umgehungsgeschäfte gab und gibt, ist nicht bewiesen, aber allein schon der Verdacht ist schlimm für das Ansehen des Journalismus.

So wie die Branche über ihre wirtschaftliche Zukunft zutiefst verunsichert ist, sind es die Journalisten über die Rolle, die sie in einer vielfach polarisierten kulturellen und politischen Welt zu spielen haben. Die einen pflegen ein schlechtes Gewissen. Sie hätten sich in der Corona-Krise vor den Karren der Regierung spannen lassen und deren Propaganda verbreitet. Eine große Zeitung hat sogar eine soziologische Untersuchung über ihr angebliches eigenes Fehlverhalten veranstalten lassen. Tatsächlich konnten die Medien in dieser Situation kaum anders, sie müssen jetzt nicht die Schuld für die dann wahrscheinlich rechtzeitig abgesagte Impfpflicht übernehmen.

Die anderen flüchten in die Echokammern der politischen Korrektheit, wo sie sich in ihrer richtigen Gesinnung bestätigen. Die Meinungsbildner sind dort die führenden innenpolitischen Kommentatoren. Der kollektive Austritt der Rechtsgesinnten aus Twitter, als die Plattform von Elon Musk übernommen wurde, war kein Entzug, sondern nur der Wechsel der Droge: „Jetzt sind sie auf Bluesky wieder unter sich“, kommentierte das ein Kollege sarkastisch. „Raus aus der Sucht-anstalt der Social-Media“, rief der ehemalige Chefredakteur der „Kleinen Zei-

tung“, *Hubert Patterer* der in der Hofburg versammelten Kollegenschaft in seiner bemerkenswerten Rede zur Verleihung des renommierten *Vorhofer*-Preises zu. Es wäre ein guter Anfang zur Wiedergewinnung von Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

